

Im Oktober 1979 gelang es den Grünen zum ersten Mal, die Fünf Prozent-Hürde zu überspringen: Vier grüne Abgeordnete arbeiten seither im Bremischen Landtag, der Bürgerschaft.

Wie sehen die Bremer Grünen die Situation nach eineinhalb Jahren? Welche Erfahrungen haben sie gemacht? Läßt sich überhaupt ökologische Politik im Parlament machen?

PARLAMENTARISMUS UND AUSSERPARLAMENTARISCHE BEWEGUNG

Die Geschichte der Grünen in Bremen begann Mitte 1978. Eigentlich noch viel früher, etwa Anfang der siebziger Jahre, denn in dieser Zeit entwickelte sich eine vielfältige Arbeit in Bürgerinitiativen und Stadtteilgruppen. Schwerpunkt unseres Engagements war der Kampf gegen das Atomprogramm, in Bremen speziell gegen das Atomkraftwerk Esenshamm an der Unterweser. Viele von uns arbeiteten parallel dazu auch noch in Parteien, vor allem in der SPD. Mit der wachsenden Erfahrung aber, daß innerhalb und mit Hilfe der Parteien keine grundlegend neue Politik zu machen ist, verschob sich auch für die Parteimitglieder das Schwergewicht ihrer Arbeit immer mehr auf die Bürgerinitiativen.

1978 aber war ein Punkt erreicht, an dem nichts mehr zu laufen schien: Brokdorf, Grohnde und Kalkar hatten uns die Grenzen unserer direkten Protestaktionen gezeigt. Gegen die Propagandamaschine der Etablierten nahmen sich unsere Aufklärungsversuche eher kläglich aus. Die Gerichte nahmen ihre Rolle im Herrschaftsapparat zur Aufrechterhaltung der Ordnung wieder wahr, – der Esenshamm-Prozeß ging in erster Instanz verloren. Dazu kam, daß es auch der veröffentlichten Meinung zunehmend an Interesse mangelte; der Glanz des Neuen war weg.

Wir überlegten also, welche Möglichkeiten wir noch nicht genutzt hatten, unsere Überlebensinteressen zu artikulieren. Das Ergebnis war naheliegend. In den Parlamenten glaubten die Wachstumsstrategen noch, unter sich zu sein. Auch dort, auf dem Gebiet, das sie als ihre Domäne betrachteten, mußten wir sie angreifen.

Von vornherein waren wir uns über folgende Bedingungen klar:

- Wenn wir auch parlamentarisch arbeiten wollten, konnte und durfte das nur eine Ergänzung zu unserer außerparlamentarischen Arbeit sein, die weiterhin Vorrang haben mußte. Also: Ökologische Politik im Parlament als Fortsetzung außerparlamentarischer Arbeit mit anderen Mitteln.
- Wir durften auch in unserer parlamentarischen Tätigkeit nicht auf die

Peter Willers, 4 : 94 – Grüne in Bremen, in:

Ökologische Zwischenbilanz/ Red. D. Frankfurter Hefte (Hrsg.). 1.

Aufl. – Frankfurt am Main:

Neue Verlagsgesellschaft d. Frankfurter Hefte, 1981

(Frankfurter Hefte: FH extra; 3), S. 129 – 134.

Spielregeln, die sogenannten Sachzwänge und die hierarchischen Organisationsformen des Apparates hereinfließen. Unsere Stärke, die Spontanität, die Offenheit und die Heterogenität, mußte erhalten bleiben. Also: nicht Partei, sondern lose organisierte Wählerinitiative.

– Die Basis unserer Parlamentsarbeit konnte kein »Bündnis aller fortschrittlichen Kräfte« sein. Wir mußten mehr sein als ein Sammelbecken heimatloser linker Dogmatiker. Das Prinzip »Betroffenheit«, durch das sich Leute verschiedener politischer Herkunft zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden hatten, ließ eine ideologische Verengung nicht zu. Aufbauend auf unseren Erfahrungen und in Kenntnis des Wertes von Parteiprogrammen, stellten wir kein ausgefeiltes Detailprogramm auf, sondern definierten als Rahmen für unsere Tätigkeit folgende Grundsätze:

- Ökologische Notwendigkeiten haben absoluten Vorrang vor den sogenannten ökonomischen Sachzwängen.
 - Dezentrale Formen der Organisation in allen gesellschaftlichen Bereichen müssen den herrschenden Zentralismus ablösen.
 - Politische Entscheidungen sind basisdemokratisch zu fällen, das heißt ohne die Filter von Parteihierarchien.
 - Wir verpflichten uns dem Prinzip der Gewaltfreiheit.
- Wir lehnten Wachstum und Großtechnologie ab und stellten insbesondere die von der SPD vertretenen Sozialstaatsprinzipien als Versuch in Frage, das an Grenzen gestoßene Wachstum mit staatlichen Mitteln zu stimulieren (Sozialpolitik als Mittel der Konjunktursteuerung). Innerhalb dieses allgemeinpolitischen Rahmens aber verpflichteten wir uns als Agentur von Bürgerinitiativen im Parlament vor allem zu handfester kommunalpolitischer Arbeit.

DAS PARLAMENT

Als wir zur Wahl antraten, wußten wir, daß auch das Parlament als Teil des Staates den technischen und Kapitalverwertungszwängen dieses Systems unterworfen ist, daß es seine eigene Existenz in Frage stellt, wenn es die Fragen zu den seinen machen würde, die wir stellen. Wir wissen um die Machtlosigkeit der Einzelnen, um die Hilflosigkeit der Behörden angesichts der immer komplexer und komplizierter werdenden gesellschaftlichen, technischen und ökonomischen Zusammenhänge. Wir kennen den Mangel an Übersicht über das Ganze, von dem jeder, der politische Entscheidungen zu fällen hat, betroffen ist. Wir sehen, daß sich Macht – anders als in einem feudalistischen oder frühkapitalistischen System – in anonyme Institutionen verflüchtigt hat, wo sie nur sehr schwer greifbar, geschweige denn zu kontrollieren oder gar zu brechen ist.

Das Parlament hat als Instrument der Kontrolle von Macht aufgehört zu

existieren. Es übt selbst auch keine Macht aus. Trotzdem spielt es eine politische Rolle in dem Sinne, daß es für politische, vor allem ökonomische Entscheidungen, die anderswo getroffen worden sind, als Legitimation dient.

So stimmt die Bremische Bürgerschaft der Erweiterung von Daimler-Benz in einem Wohn- und Erholungsgebiet in »übergeordnetem Interesse« zu und legalisiert damit »im Namen des Volkes« Stadt- und Umweltzerstörung und die Verschleuderung öffentlicher Mittel.

So billigt das Parlament unter dem Druck der selbstgeschaffenen »Sachzwänge« die Fusion der Vereinigten Flugtechnischen Werke mit Messerschmidt-Bölkow-Blom und damit die Vernichtung von Arbeitsplätzen, weil andernfalls Hunderte von Millionen Mark für die Kommune fällig geworden wären.

So verteidigen die Volksvertreter eine Bürgerschafts- und Subventionspolitik, die den Staat zum Selbstbedienungsladen für die Wirtschaft macht. So sieht die Mehrheitsfraktion SPD – wie in einer »Bremen-Broschüre« verlautbart – ihre parlamentarische Aufgabe in der Stützung der Regierung, nicht in deren Kontrolle. Regierung und Verwaltungen wiederum reagieren auf die Pressionen und Drohungen des Kapitals. Ein Teufelskreis der verlorenen Handlungsspielräume und Kompetenzen!

Die meisten etablierten Parlamentarier verdrängen das Wissen um ihre Bedeutungslosigkeit durch Aktionismus in Deputationen und Ausschüssen und durch Fensterreden im Parlament. Sie reagieren – verständlicherweise – aggressiv auf jedes Infragestellen ihrer Rolle. Ihre Wichtigkeit bestätigen sie sich hin und wieder durch die Diätenerhöhungen und Ausstattungen ihrer Fraktionen.

WAS HABEN WIR IN DIESEM PARLAMENT ZU SUCHEN?

Wir wollen eine Politik der ökologischen Priorität. Wir halten es für unabdingbar, daß sich Produktion und Verbrauch an den Bedürfnissen der Menschen orientieren und nicht an den Notwendigkeiten des Marktes. Das wird unter anderem nur durch Dezentralisierung möglich. Erst dezentralisierte Einheiten lassen uns wieder die Übersicht über unsere Lebenszusammenhänge gewinnen, ermöglichen den Aufbau sozialer Bezüge und den Abbau entfremdeter Arbeit und anonymen Macht.

Als Theorie ist das nicht mehr neu (siehe André Gorz, E. F. Schumacher, Carl Amery). Schwierig wird es, wenn diese Theorie als Politik mit der Praxis konfrontiert wird. Die notwendigen Veränderungen, die wir wollen, setzen einen radikalen Bruch mit den bisherigen Denkgewohnheiten voraus. Darum ist unsere Politik im Grunde subversiv.

Das ahnen zumindest auch die Etablierten. Für die Bremen beherrschende SPD war unser Erfolg ein Schock. Er setzte eine heftige innerparteiliche Debatte darüber in Gang, wie man sich zu uns verhalten solle.

Schwierig war es für die SPD vor allem deshalb, weil ein Teil der Grünen früher in ihren eigenen Reihen gekämpft hatte, über Kenntnisse und Verbindungen verfügte und nicht so einfach kaltzustellen war. Auf einem Landesparteitag nach der Wahl entschied sich die SPD nach langer und kontroverser Diskussion trotzdem oder gerade deswegen für eine totale Blockade der Grünen.

Diese Blockade hat aus mehrerlei Gründen nicht immer funktioniert. Im Oktober 1980 haben wir Jahresbilanz gezogen. In diesem Jahr stellten wir sechzig Anträge, davon wurden vier angenommen. Wir nutzten die Fragestunden und bekamen vom Senat meist arrogante Antworten. Wir brachten Themen zur aktuellen Stunde ein und wußten, daß es kein greifbares Ergebnis bringen würde. Und trotzdem waren wir der »Pfehl im Fleische«.

Immer dann, wenn sich von uns eingebrachte Themen und Anträge nicht ohne eigenen Gesichtverlust ignorieren ließen (wie zum Beispiel zum Verbot der Verwendung von Asbest, zur Gesundheitspolitik, zur Bleibelastung und anderes mehr), schoben die Etablierten eigene Anträge nach. Die waren dann zwar weniger konsequent, aber die Probleme, um die es ging, kamen in die öffentliche Debatte. Absurd wurde es, wenn unsere Anträge gewerkschaftliche Positionen aufgriffen. Dann kam es gelegentlich zu 4 grünen Ja-Stimmen bei 96 Enthaltungen (womit ein Antrag nach parlamentarischem Brauch abgelehnt ist). So konnte den Kollegen in den Betrieben sinnfällig demonstriert werden, auf welche Weise die SPD ihren Alleinvertretungsanspruch gewerkschaftlicher Interessen einlöst, wenn es um ihre Macht und ihr Prestige geht.

Fast alle unsere parlamentarischen Initiativen entspringen der Aktivität von Bürgerinitiativen. Unsere kombinierte außerparlamentarische und parlamentarische Tätigkeit, unser Hintergrund der »Bewegung« macht uns stärker, als es das Verhältnis im Parlament ausdrückt. Sie ist es auch, die Parteifunktionäre irritiert, falsch reagieren läßt und damit vor der Bevölkerung demaskiert.

Ein Beispiel für unsere Arbeitsweise: Zu der bereits erwähnten Ansiedlung von Daimler-Benz bildeten sich zahlreiche Bürgerinitiativen. Wir gaben ihnen Hilfe in Form von Politikberatung, organisierten Einwohnerversammlungen, unterstützten den Rechtshilfefonds finanziell und standen mit den Betroffenen vor den Baggern, als diese ein Kleingartengebiet einneben wollten. Diese Arbeit außerhalb gab uns dann auch im Parlament den notwendigen Rückhalt für unsere Argumente. Das »hohe Haus« reagiert gereizt, bis hin zu primitiven Anpöbeleien, wenn wir gelegentlich den parlamentarischen Stil brechen, indem wir unsere Freunde von draußen mit auf die Zuschauertribünen holen und die dort ihren Unwillen kundtun. Besonders empfindlich auch sind die »Vertreter des Volkes«, wenn wir die geschriebenen und oft vergessenen

Rechte als Parlamentarier extensiv nutzen. Geschäftsordnung und Verfassung – wörtlich genommen – stellen bloß, daß die aufgestellten Regeln von den Etablierten nach dem Motto angewandt werden: Demokratie ist, was uns nützt.

DIE »BASIS«

Umfragen zeigen, daß die Kritik in der Bevölkerung an Formeln wie »Glück durch Wohlstand – Wohlstand durch Wachstum« zunimmt. Zu offenkundig sind die negativen Folgen dieser Gleichung. Immer mehr Menschen – insbesondere in der jüngeren Generation – bestreiten dem Staat das Recht, ordnend in die letzten Winkel ihres Lebens einzugreifen. Sie finden sich zusammen in Gruppen und Bürgerinitiativen, in Arbeit und Aktion. Ihre Aktivitäten schaffen naturgemäß »Unordnung« im System.

Für diesen Wunsch in der Bevölkerung nach Veränderung in Richtung Selbstbestimmung ist auch der Wahlerfolg der Grünen ein Indikator. Daß dieser Erfolg nicht größer ist, liegt – neben vielem anderen – auch an dem Selbstbewußtsein der kritischen Bürger und ihrer (berechtigten) Kritik am parlamentarischen System. Das kritische Potential von Menschen – quer durch alle Klassen und Schichten – wird sich immer stärker der vollständigen Einvernahme und Verwaltung widersetzen und sich Freiräume erobern, in denen es sich lohnt zu leben, statt gelebt zu werden. Diese Menschen sind die »Basis« einer grünen Parlamentsinitiative.

Interessant ist, wie die Altsozialisten ihre Widersprüche an den Grünen abarbeiten. Sie befürworten weiteres Wachstum, »Fortschritt« durch technologische Entwicklung und letztlich auch einen starken Staat, sofern er sich nur in den richtigen Händen befindet. Sie müssen das tun, weil sonst das Eingeständnis schon jetzt fällig wäre, daß die alte marxistische Philosophie nicht mehr den Weiterbestand des Kapitalismus erklären kann. Sie starren auf das Dornröschen Arbeiterklasse und scheuen sich

Günther Anders ■ Die Antiquiertheit des Menschen

Soeben erschien
der zweite Band
dieses bedeutenden
Werkes:

Über die Zerstörung
des Lebens im Zeitalter
der dritten industriellen
Revolution 1980, 480 Seiten, Leinen DM 38,-

Erster Band
Über die Seele im Zeitalter
der zweiten industriellen
Revolution
Durch ein Vorwort ergänzte 5. Auflage, 1980,
368 Seiten, Leinen DM 28,-

C. H. Beck

vor der Wahrheit, daß es dem Kapital gelungen ist, den Einfluß der Arbeiter auf die Produktion durch die Veränderung der Produktionsmittel und -methoden zu brechen.

Und jetzt werden sie mit einer sozialen Bewegung konfrontiert, die in kein klassenkämpferisches Schema paßt. Es ist typisch, daß sich die Altsozialisten vor allem mit dem Teil dieser Bewegung auseinandersetzen, der institutionell greifbar ist: den Grünen. Hier versuchen sie, soweit nicht parteigebunden, bei uns mitzumischen, ihre Avantgardeansprüche anzumelden, und merken immer noch nicht, daß die Zeit über sie hinweggegangen ist.

Unsere Weigerung in Bremen, über abstrakte Klassenkampforderungen zu diskutieren, und unser Appell, stattdessen handfeste Kommunalpolitik zu machen, hat uns viele dieser Linken zu Gegnern gemacht. Ein von uns enttäuschter linker bremer Journalist schrieb über die grünen Parlamentarier: »Setzt Ihr jetzt auf verhuschte und verschreckte Bürger? Wenn das so ist, dann seid Ihr überflüssig!« Tatsächlich?

Diese Bürger, nicht verhuscht oder verschreckt, sondern betroffen, sind es, die zur Zeit die Chancen zur Veränderung unserer Gesellschaft – reflektiert oder nicht – wahrnehmen.

WIE WEITER?

Wir grünen Parlamentarier nehmen uns nicht so wichtig. Im Zweifelsfall finden Sie uns eher bei der Räumung des Bohrplatzes 1004 in Gorleben oder bei der Greenpeace-Blockade in Nordenham. Unsere Politik ist nur sinnvoll, wenn – wie es André Gorz schreibt – »... in der Gesellschaft autonome Bewegungen, Hoffnungen, Kämpfe, Wünsche und Weigerungen wirksam sind, die sich ihrer vollständigen Verwaltung durch den Staat widersetzen und ihm immer wieder Autonomieräume entreißen«.

Die Gefahr in diesem sich verschärfenden Konflikt Staat/Gesellschaft liegt in dem besonders in Deutschland vorhandenen Hang zum Autoritarismus. Wir sehen unsere Aufgabe unter anderem darin, die Institution Parlament »aufzuweichen«, das heißt offener zu machen für Initiativen von unten. Das ist ein hartes Stück Arbeit, und wir sind uns der Schizophrenie unseres Tuns täglich bewußt.

Aber wir befinden uns in einem Wettlauf mit der Zeit. Die irreparable Zerstörung unserer Lebensgrundlagen ist keine ferne Drohung mehr, sondern reale Gefahr. Priorität hat – wie Rudolf Bahro es formuliert hat – die Rettung der Gattung. Alle anderen Forderungen, mögen sie auch noch so berechtigt sein, müssen dahinter zurückstehen. Diese Aufgabe rechtfertigt den Gebrauch aller – gewaltfreien – Mittel.